



Casino Academy

RHEINFELDEN: Die Swiss Casinos gründet eine Ausbildungsstätte für neue casinospezifische Berufe. Die SC Academy soll im kommenden Jahr in Zürich eröffnet werden, wie Swiss Casinos am Donnerstag mitteilte. Mit der Konzessionierung der ersten neurechtlichen Casinos würden in der Schweiz Hunderte von neuen Arbeitsplätzen in einer ganzen Reihe neuer Berufe geschaffen. Croupier, Casino Host und Slot Techniker sowie Security oder Surveillance Mitarbeiter sollen deshalb in Zukunft am neuen Ausbildungsinstitut professionell aus- und weitergebildet werden. Die SC Academy wurde von Swiss Casinos, die Ende September zwölf Casino-Projekte lanciert hat, und Casino Austria International ins Leben gerufen.

NACHRICHTEN

ABB eröffnet IT-Zentrum in Singapur

ZÜRICH: Der Technologiekonzern ABB hat in Singapur ein neues Zentrum für industrielle Informations- und Automatisierungstechnik eröffnet. Das Zentrum erlaubt ABB eine effizientere Bearbeitung des asiatischen Marktes. Das Zentrum im Wert von 9 Mio. Dollar werde voraussichtlich bis Ende 2001 fertiggestellt sein, teilte ABB gestern mit.

Schweizer Postbank wird 2002 ihre Tore öffnen

BERN: Die Postbank wird ab 2002 ihre Schalter öffnen. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Gründung einer 100prozentigen Tochter der Post, die als Retailbank auf den Markt tritt, wie die Post-Spitze am Donnerstag in Bern bekannt gab. Als Türöffner soll den Poststellen eine tragende Rolle zukommen. In bestehenden Poststellen sollen deshalb gelbe Beratungszone eingerichtet werden. Für kleine und mittlere Unternehmen stehen die sieben Verkaufsregionen als Beratungs- und Verkaufsstellen zur Verfügung.

Renault ruft 265 000 Kangoo zurück



PARIS: Wegen möglicher Probleme mit Gurtraffern und Airbags ruft Renault knapp 265 000 Wagen vom Typ Kangoo in die Werkstätten zurück. Es habe bereits rund 60 Fälle gegeben, in denen die Rückhaltesysteme von einem defekten Steuergerät ungewollt ausgelöst worden seien, teilte Renault in Paris mit. In der Schweiz sind vom Rückruf rund 2800 Wagen betroffen, wie Christoph Rusch, Sprecher bei Renault Schweiz, in einem Bericht von «Radio Z» sagte. Die Besitzer würden alle angeschrieben und aufgefordert, mit ihrem Garagisten einen Termin zu vereinbaren.

Private Internet-Nutzung sprunghaft gestiegen

BRÜSSEL: Die private Internet-Nutzung in der Europäischen Union hat einer Studie zufolge sprunghaft zugenommen. Ende Oktober nutzten demnach rund 28 Prozent aller EU-Haushalte das Internet, verglichen mit 18 Prozent sechs Monate zuvor, berichtete die EU-Kommission am Donnerstag in Brüssel. Sie sprach von einem erfreulichen Ergebnis vielfältiger Internet-Initiativen, mahnte aber zugleich mehr Sicherheit im Netz an. Die Studie wurde für den bevorstehenden EU-Gipfel in Nizza erstellt.

Kündigungswelle bei Schweizer Geldwäscherei-Kontrollstelle

Ausser dem Leiter haben alle juristischen Mitarbeiter gekündigt

BERN: Die Kündigungswelle bei der Geldwäscherei-Kontrollstelle des Bundes setzt sich fort. Der letzte verbliebene Jurist neben dem Leiter der Kontrollstelle wird aus Verunsicherung, Frustration und mangelnder beruflicher Herausforderung den Dienst quittieren, wie er am Donnerstag auf Anfrage der Nachrichtenagentur AP sagte.

«Ich werde meine Kündigung noch heute einreichen», sagte Raoul Sidler, juristischer Mitarbeiter der Kontrollstelle in der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Auf die Gründe angesprochen, verwies er auf die

Motive seiner Kollegen, die in den vergangenen Wochen gekündigt hatten. Zum einen sei nach den Entscheiden der Rekursinstanz über Anzeigen der Kontrollstelle eine Verunsicherung über die künftige Auslegung des Geldwäschereigesetzes da. Hinzu komme eine gewisse Frustration über den hohen Pendenzenberg, der sich wegen der personellen Unterdotierung der Kontrollstelle aufgebaut habe. Der Arbeitsinhalt stimme für ihn nicht mehr, sagte Sidler und fügte hinzu: «Ich habe den Eindruck, dass sich meine Arbeit zunehmend auf eine administrative Tätigkeit beschränkt.» Auf die am

Vortrag vom Direktor der Finanzverwaltung, Peter Siegenthaler, bekannt gegebenen Massnahmen zur Stärkung der Kontrollstelle angesprochen, sagte der Jurist, er glaube zwar, dass diese Schritte eine Wirkung zeigen würden. Für ihn habe sich aber die Frage gestellt, ob er weitere zwölf Monate warten wolle. Als relativ junger Jurist mit 29 Jahren habe er sich entschieden, beruflich einen Schritt weiterzugehen, sagte Sidler.

Dieter Leutwyler, Sprecher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), sagte auf Anfrage, man habe gewusst, dass sich Sidler nach einer an-

deren Stelle umschaue. Weil die Kündigung noch nicht eingereicht gewesen sei, habe man am (gestrigen) Mittwoch aber noch nicht informieren können.

Mit Ausnahme des Leiters Niklaus Huber haben damit alle juristischen Mitarbeiter der Kontrollstelle gekündigt. Trotz der am Mittwoch bekannt gegebenen Massnahmen dürfte die Vollzugsnotstand in den ersten Monaten des nächsten Jahres damit zunächst weiter zuspitzen. Die Finanzverwaltung führt zurzeit zwar Gespräche mit rund 20 Bewerberinnen und Bewerbern. Die Besoldungsordnung des Bun-

des setzt den Möglichkeiten, ausgewiesene Fachleute zu finden, aber Grenzen. Eine bessere Position auf dem Arbeitsmarkt erhofft sich die Finanzverwaltung von der hierarchischen Aufwertung der Kontrollstelle von einer Sektion in eine Abteilung. Der Pendenzenberg von 550 unerledigten Gesuchen um Direktunterstellung soll zudem von einer Task Force mit Temporärangestellten abgetragen werden. Dabei erwägt man auch den Einsatz von Studierenden. Dies dürfte aber zumindest in der Anfangsphase eine intensive Betreuung nötig machen und die Kontrollstelle eher zusätzlich belasten.

Beispiellose Panne

Teuerungsraten im Herbst massiv zu hoch ausgewiesen

BERN/ZÜRICH: Dem Bundesamt für Statistik ist bei der Teuerungsberechnung ein beispielloser Fehler unterlaufen. Die Teuerungsraten der letzten fünf Monate mussten um bis zu 0,9 Prozentpunkte nach unten revidiert werden. Die Panne löste scharfe Kritik und eine Kontroverse über die Folgen aus.

«Es war wirklich ein Unfall», beteuerte der Direktor des Bundesamts für Statistik (BFS), Carlo Malaguerra, am Donnerstag vor den Medien im Bundeshaus. Bei der Revision des Landesindex' der Konsumentenpreise hatten die Statistiker vergessen, die mengenmässige Gewichtung des Heizöls und der Elektrizität im Warenkorb auch in kostenmässige Ausgaben für die Haushalte umzurechnen.

Folge davon war, dass das Heizöl mehr als doppelt so hoch gewichtet wurde, wie es sich auf Grund der statistischen Grundlagen gerechtfertigt hätte.

Die gleichzeitige Untergewichtung des Stroms führte dank stabiler Preise im Endergebnis zu keinen nennenswerten Folgen. Beim Heizöl wirkte sich der Fehler im Zuge des rasanten Preisanstiegs im Herbst aber fatal aus. Statt einer Jahresteuerrate von 1,4 Prozent wies das BFS im Septem-

ber eine Inflation von 2,3 Prozent aus. Im Oktober wurde eine Teuerung von 1,9 Prozent statt 1,3 Prozent angekündigt. Und wäre der Fehler nicht korrigiert worden, hätte die Teuerung im November 2,6 statt 1,9 Prozent ausgemacht.

Malaguerra sprach von menschlichem Versagen eines Mitarbeiters, musste aber einräumen, dass auch die Kontrollmechanismen versagten. Denn das Amt hatte trotz gewisser Zweifel über die eigenen Teuerungszahlen den Fehler nicht selber entdeckt, sondern musste nach einem vergangene Woche veröffentlichten Beitrag eines KOF/ETH-Mitarbeiters in der Wirtschaftszeitung «Cash» in aller Eile über die Bücher. Hatte das BFS damals noch verlauten lassen, Aktionismus sei fehl am Platz, korrigierte es nun alle fünf Teuerungsraten, die seit der Revision des Index' veröffentlicht worden waren.

Der Zeitpunkt der Korrektur ist von doppelter Brisanz: Einerseits sind die Herbstteuerungsraten die Grundlage für die Lohnverhandlungen und die Berechnung von administrativen Preisen und Geldleistungen.

Andererseits ist die Schweizerische Nationalbank als Hüterin der Preisstabilität mitten in der Ausarbeitung ihrer geldpolitischen Marschroute für das

nächste Jahr. Entsprechend hart fiel die Kritik am BFS aus. Sie machen deutlich, dass die Glaubwürdigkeit des BFS erheblichen Schaden genommen hat - trotz den Beteuerungen Malaguerras, die methodischen Grundlagen des Teuerungsindezes seien «fundierte und stabil».

Über die volkswirtschaftlichen Schäden des Fehlers waren sich die Experten nicht einig. Während Arbeitgeber-Direktor Peter Hasler erklärte, Verzerrungen von gegen einem Indexpunkt könnten Kosten von Hunderten von Millionen Franken zur Folge haben, wurden die Auswirkungen bei den Behörden und von einzelnen Experten als gering bezeichnet. Eine Kontroverse entbrannte über die Frage, ob und inwieweit bereits abgeschlossene Lohnpakete wieder aufzuschneiden seien.

Der Mieterverband sah andererseits einen Bedarf nach Überprüfung der Mietzinserhöhungen der vergangenen Monate. Die Finanzökonominnen waren mehrheitlich der Auffassung, die tieferen Teuerungsraten änderten nichts am Handlungsbedarf der Nationalbank für eine Leitzinserhöhung.

Denn massgebend sei die Kerninflation unter Ausschluss der Heizölpreise, die mit 0,9 Prozent im November erheblich angezogen habe.

VP Bank

VP BANK FONDSLEITUNG AG
9490 Vaduz • Schmedgass 6

Geldmarktfonds

VP Bank Geldmarktfonds

Schweizer Franken	CHF	1'044.92
Euro	EUR	1'073.13
US-Dollar	USD	1'228.38

Obligationenfonds

VP Bank Obligationenfonds

Schweizer Franken	CHF	993.98
Euro	EUR	1'015.48
US-Dollar	USD	1'067.07

Aktienfonds

VP Bank Aktienfonds

Schweiz	CHF	1'158.30
Euroland	EUR	1'255.83
USA	USD	957.57
Japan	JPY	75'355

Gemischte Fonds

VP Bank Anlagezielefonds für Stiftungen

Schweizer Franken	CHF	1'006.30
Euro	EUR	1'025.30

Ausgabe-/Rücknahmepreise per 30. 11. 2000
*plus Kommission

VP Bank Fonds - Die Alternative

Gerne stehen Ihnen die Kundenbetreuer der VP Bank unter der Telefonnummer +423 / 235 66 55 für Fragen zur Verfügung.